

Herrn
Mag. Michael Schmöltzer
Leiter Abteilung Gas
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

per mail an: marktregeln@e-control.at
emese.rieder@e-control.at

Wien, am 20. April 2012

Entwurf Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 Stellungnahme der Industriellenvereinigung

Sehr geehrter Herr Mag. Schmöltzer!

Die Industriellenvereinigung (IV) dankt für die Übermittlung des Entwurfs zur Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Allgemeines

Die IV begrüßt die Umsetzung der EU Gasbinnenmarktrichtlinie in nationales Recht und sieht in dem Entwurf der Gas-Marktmodell-Verordnung (MMO-VO) insgesamt einen wichtigen Schritt hin zu einem einheitlichen europäischen Binnenmarkt.

Effiziente und marktbasierte Mechanismen zur Kapazitätszuweisung in Erdgasnetzen sowie damit zusammenhängende Bilanzierungsregeln fördern einen wettbewerbsfähigen, EU-weit integrierten Erdgasmarkt und tragen zu einer sicheren und kostengünstigen Erdgasversorgung bei.

Die Vereinfachung des Marktmodells und die Einführung des Entry/Exit-Systems, in dem Kapazitäten an Ein- und Ausspeisepunkten unabhängig voneinander gebucht und gehandelt werden können, erleichtert der Zugang zu einem liquiden Erdgasmarkt und führt daher zu mehr Wettbewerb. Dies ist für den Standort und die ansässigen Industriebetriebe sehr wichtig und wird daher begrüßt.

Im Sinne der Kosteneffizienz ist jedoch darauf zu achten, dass das System so effizient wie möglich ausgestaltet wird.

Spezielle Anmerkungen zur Gas-Marktmodell-Verordnung 2012

§ 10 Sekundärmarkt für Ein- und Ausspeisekapazitäten

Der Zugang zu ausreichender Entry/Exit Kapazität ist eine maßgebliche Voraussetzung für das Entstehen eines liquiden Handelpunktes. Grundsätzlich sollte die Kapazitätsvergabe primär über Auktionen auf der Online-Plattform - wie dies die Framework Guidelines on Capacity Allocation vorsehen – erfolgen.

§ 18 Grundsätze des Bilanzierungssystems

Aus Sicht der IV ist die Berücksichtigung der Stundenbilanzierung für Großverbraucher eine wichtige Beibehaltung der derzeitigen Situation und somit zu begrüßen.

Die verpflichtende Tagesbilanzierung für alle Netzbenutzer unter 50.000 kWh/h wie in § 18 (6) IMMO-VO vorgesehen würde einen systematischen Rückschritt für den Gasnetzbetrieb bedeuten und führt zu unnötigen Verteuerungen für alle Gaskunden.

Eine freiwillige Wahlmöglichkeit für Stunden- oder Tagesbilanzierung für LPZ-Kunden unterhalb der vorgegebenen Grenze wäre vorteilhaft.

Unter **§ 18 (10) IMMO-VO** wird darauf verwiesen, dass Bilanzgruppenverantwortliche jeweils getrennte Bilanzgruppen für Netzbenutzer gemäß Abs. 5 und Abs. 6 einzurichten haben und für diese getrennte Einspeisefahrpläne zu erstellen sind. Der Ausgleich zwischen diesen Bilanzgruppen ist nur für die Bilanzierungsperiode gemäß Abs. 5 zulässig.

Dies würde zu einer finanziellen Doppelbelastung durch die erhöhten Dienstleistungskosten führen. Netzbenutzer haben teilweise Zählpunkte in beiden Systemen. Diese Netzbenutzer würden gezwungen auch zwei getrennten Bilanzgruppen beizutreten. Dadurch werden **kundeninterne Portfolio-Effekt verhindert** und doppelten Dienstleistungskosten fällig. Dieser Verteuerung ist aus Sicht der IV durch eine schlankere Regelung im Sinne der Kostenreduktion zu ersetzen.

§ 22 Auslagen und Entgelte der Bilanzgruppenverantwortlichen

Nach § 22 (1) IMMO-VO werden den Bilanzgruppenverantwortlichen (neben Strukturierungsbeitrag, Ausgleichsenergiekosten und Clearingentgelt) nun auch die Kosten des Betreibers des Virtuellen Handlungspunktes auferlegt. Dabei handelt es sich um eine weitere Kostensteigerung für die Endverbraucher. Aus dem Entwurf wird jedoch nicht ersichtlich ob diese Zusatzkosten im Rahmen der nächsten SNT-VO 2013 kostenneutral abgebildet werden.

Aus Sicht der IV ist nicht ersichtlich wie die **Überwachung** der potenziellen **Schlechterstellung** gem. § 22 (2) IMMO-VO erfolgen soll. Nachschärfungen bzw. überhaupt eine **einheitliche Vorgehensweise** je Bilanzgruppen sind für eine missbräuchliche Verrechnung des Strukturierungsbeitrages unbedingt erforderlich. Denkbar wäre eine Regelung, dass SLP-Kunden durch die Tagesbilanzierung einen wesentlich höheren Strukturierungsaufwand auf der FL-Ebene erzeugen als LPZ-Kunden. Es soll mit einer entsprechenden Formulierung jedenfalls sichergestellt werden, dass der **Strukturierungsbeitrag verursachergerecht** und nur für die Energie die tatsächlich für die Strukturierung gebraucht wurde zu verrechnen ist. Sonst droht eine pauschalisierte Verrechnung vom Maximalbetrag 0,4 Cent/kWh (entspr. § 26 (6)).

§ 23 Zuordnung von Kapazitäten zu Bilanzgruppen

Die IV kritisiert, dass im § 23 **nicht geregelt** wird, wie die **Überführung der Kapazitäten**, die derzeit in den Netzverträgen mit den Netznutzern definiert sind, auf die Bilanzgruppen geplant ist.

Regelungen für besondere Bilanzgruppen § 24

In § 24 des Entwurfes wird festgelegt, dass der besonderen Bilanzgruppe Netzverluste keine Endverbraucher-Zählpunkte zugeordnet werden dürfen. Es stellt sich daher die Frage welcher Bilanzgruppe Kunden, die über keinen Liefervertrag verfügen und bei denen der Netzbetreiber nicht in der Lage ist die Versorgung zu unterbrechen zuzuordnen sind.

Bilanzierung des Marktgebietsmanagers § 26 (6)

Der maximale Betrag von **4 €/MWh** ist extrem teuer – entspricht derzeit ca. **15% Aufschlag auf den Spot-Preis** und würde zu einer **massiven Verteuerung** des Gasbezuges und somit zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen gegenüber internationalen Mitbewerbern führen. Solche zusätzlichen Sozialisierungskosten werden aufgrund des systematischen Rückschritts zur Tagesbilanzierung forciert und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie und anderen Großabnehmern, nachhaltig. Aufgrund der fehlenden Klarstellungen zur Weiterverrechnung des Strukturierungsbeitrages gemäß § 22(1) ist zu befürchten, dass einheitlich der Maximalwert verrechnet wird. Das wird abgelehnt.

Darüber hinaus ist die verursachergerechte Verrechnung (wie in den Anmerkungen zu §22 (1) beschrieben) bei der Berechnung des Strukturierungsbeitrages **vollständig offen gelassen**.

Diese Belastungen sind für die energieintensive Industrie unzumutbar und führen langfristig zu höheren Systemkosten als im restlichen EU-Binnenmarkt.

Aus Sicht der IV ist daher aus Nachvollziehbarkeit- und Zurechnungsgründen eine zeitnahe Ermittlung und Weiterverrechnung des Aufwandes für die untertägige Strukturierung anzustreben. Durch die nicht gegebene Kenntnis der Höhe des Strukturierungsbeitrags zum Zeitpunkt des Bilanzierungserfordernisses verstärkt sich der Anreiz einer ausgeglichenen, untertägigen Bilanzierung durch den jeweiligen Bilanzgruppenverantwortlichen.

Die IV gibt zu bedenken, den Strukturierungsbeitrag zeitnah zu ermitteln sowie die Ermittlungsmethode festzulegen und von der Regulierungsbehörde zu genehmigen.

Regelungen zur Preisgestaltung der Ausgleichsenergie § 32

§ 32 (2) + (3)

Die Auswirkung des Preisgestaltungsmodells ist aus jetziger Sicht noch nicht klar nachvollziehbar, da die Produkte am VHP noch nicht definiert sind. Insbesondere wenn **keine ausreichende Liquidität** auf den verschiedenen Märkten vorhanden ist, müssen entsprechende **alternative Modelle** für die Gestaltung der Ausgleichsenergie angewendet werden. Diese fehlen im gegenständlichen Entwurf sind aber aus Sicht der Industrie für die kostengünstige Preisgestaltung der Ausgleichsenergie dringend erforderlich. Die Industrie begrüßt, dass keine verpflichtende Pönale zwischen Über- und Unternominierung vorgesehen ist.

§ 32 (6)

Im vorliegenden Entwurf fehlt die differenzierte Betrachtung der Verrechnung der Ausgleichsenergie für LPZ- und SLP-Kunden. Aus Sicht der Industrie muss sichergestellt werden, dass die Kosten für Ausgleichsenergie nach dem Verursacherprinzip verrechnet werden. Die Wälzung der Kosten für Ausgleichsenergie auf Endverbraucher mit Stundenbilanzierung aufgrund deren exakter und spezifischeren AE-Abrechnung wird damit abgelehnt.

Energieintensive Industriebetriebe managen das eigene Portfolio selbst oder lassen es durch einen Dienstleister bewirtschaften wobei hierbei bereits auf möglichst bedarfsgerechte Bezugseindeckung abgestellt wird. Im aktuellen Entwurf würden Kosten für die

Ausgleichsenergie zweimal (Strukturierungsbeitrag und Umlage) anfallen, wenn diese dann für alle anderen Netzkunden allgemein auf die Netzkosten umgelegt würden.

Die **Industrie** als klassischer **Bandbezieher** und großteils LPZ-Kunde ohne nennenswerte Tagesschwankungen verursacht nicht die ausufernden Ausgleichsenergiekosten und lehnt daher die Sozialisierung der Ausgleichsenergiekosten hin zu den industriellen Großverbrauchen dezidiert ab.

Die Industrie kann die fremdverursachten Schwankungen nicht ausgleichen und muss im gegenständlichen Entwurf aber durch die wesentlich höheren Bezugsmengen die Ausgleichsenergiekosten überproportional mitzahlen.

Weiters würde ein sehr genau nominierender Industrie-Bandbezieher für anderen Abnehmer ungerechtfertigter Weise für dessen Ausgleichsenergie mitzahlen müssen, da es aus Sicht des Industriegaskunden völlig willkürlich ist, mit welcher Abnehmerstruktur eine BG zusammengesetzt ist, in die er integriert wird.

Aus Risikoüberlegungen soll eine zeitnahe Glattstellung einer finanziellen Unter- oder Überdeckung aus der Ausgleichsenergieverrechnung angestrebt werden. Eine jährliche Festlegung eines Pauschalbetrages verringert zwar grundsätzlich das Risiko, lässt aber ein Restrisiko als Folge der Unsicherheit der tatsächlich hinreichenden finanziellen Deckung am Ende der Betrachtungsperiode bestehen.

Regelungen für das Marktgebiet Vorarlberg und Tirol

Zu den Regelungen für das Marktgebiet Vorarlberg und Tirol dürfen wir wie folgt Stellung nehmen:

Die Industrie steht dem vorgeschlagenen Marktmodell für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg grundsätzlich positiv gegenüber. Ziel der Einführung des Entry/Exit Modells muss sein, den Wettbewerb zu beleben, den Zugang zum deutschen Markt sowie den Zugang zu virtuellen Handelspunkten wie z.B. NCG zu erleichtern. Das ist für den Industrie die im internationalen Wettbewerb steht erforderlich. Des Weiteren sollte es im Rahmen des neuen Marktmodells einfacher sein, nationale und internationale Standorte der Unternehmensgruppe zu „poolen“ und mit international aktiven Lieferanten zusammen zu arbeiten. Ein Zugang zu Börsen und virtuellen Handelspunkten mit den oft kurzfristig günstigen Erdgassondermengen sollte für Industriebetriebe möglich sein.

§ 37 (3) darf nicht dazu führen, dass es zu einem doppelten Aufwand der Gründung einer Bilanzgruppe bzw. eines Bilanzkreises kommt. Das stellt aus unserer Sicht eine unnötige Wettbewerbshürde dar. Die Nennung eines Bilanzkreises, über welchen die Gasbeschaffung organisiert werden kann, wird als ausreichend erachtet

Wesentliche Punkte des § 39 sind deckungsgleich mit dem § 20. Eine gesonderte Ausführung für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg bedarf es aus Sicht der Industrie lediglich bei einigen Unterpunkten.

Wichtig ist daher, dass das Marktmodell ebenso für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg umgesetzt wird.

Ergänzende Stellungnahme zu den Allgemeinen Bedingungen für BGVs im Rahmen der Marktregelverordnung 2012

In § 4 Auslagen und Entgelte – Absatz 2 bleibt offen wie die Schlechterstellung einzelner Mitglieder der BG verhindert wird. Siehe dazu Anmerkungen zu § 22 der Regelungen zum Gas-Marktmodell.

Ergänzende Stellungnahme zu den Allgemeinen Verteilernetzbedingungen im Rahmen der Marktregelverordnung 2012

Unter Punkt XXVII werden wichtige Gründe für eine außerordentliche Kündigung nur für den Netzbetreiber deklariert. Aus Sicht der Netzbetreiber wäre die Änderung der Verhältnisse und der Allgemeinen Verteilerbedingungen (Punkt XXIX) für eine a.o. Kündigung von Seiten der Netzbetreiber zu nominieren.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Regeln, die einen totalen Systembruch mit neuen Marktteilnehmern, einer Neuverteilung der Aufgaben, Änderungen in den Abwicklungs-, Informations- und Abstimmungsprozessen usw. darstellen mit 1.1.2013 sehr knapp gewählt erscheint. Die Stabilität des Gesamtsystems und die Sicherheit der Versorgung muss bei der Umstellung bestmöglich sichergestellt werden.

Die Industriellenvereinigung dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme und ersucht um Berücksichtigung der genannten Anliegen.

Mit besten Grüßen

Ing. Mag. Peter Koren eh
Vize-Generalsekretär

Mag. Isabella Meran-Waldstein eh